

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Fichtner, Ferdinand

Article

Zypern: Hilfe nur gegen klare politische Zugeständnisse

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand (2013): Zypern: Hilfe nur gegen klare politische Zugeständnisse, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 8, pp. 24-

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/74433

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.





Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder

Zypern: Hilfe nur gegen klare politische Zugeständnisse

Jetzt auch noch das: Zypern, so liest man, ist "Dreh- und Angelpunkt" für den Handel mit dem Fleisch rumänischer Pferde, das, zu Rindfleisch umdeklariert, derzeit in deutscher Lasagne auf den Tisch kommt. Nikos Anastasiades, der voraussichtlich ab kommenden Sonntag neugewählte Präsident der Mittelmeerinsel, ist nicht zu beneiden: Der Staatshaushalt steht kurz vor dem Kollaps, da zyprische Banken durch die finanzielle Bruchlandung Griechenlands in existenzbedrohender Schieflage und auf staatliche Liquiditätsspritzen angewiesen sind. Schon unter normalen Umständen ist so etwas schwer zu stemmen – auch in Deutschland ist durch die Rettung von Banken der Staatshaushalt in den vergangenen Jahren aus dem Ruder gelaufen -, in Zypern ist es der Regierung unmöglich, die Banken aus eigener Kraft zu retten. Das ist in Irland schon schief gegangen, mit dem Ergebnis, dass das Land jetzt auf Rettungskredite angewiesen ist.

In Zypern ist das Problem – relativ gesehen – größer als in Irland: In den vergangenen Jahren ist der Bankensektor vier Mal so schnell gewachsen wie die Gesamtwirtschaft, sein Anteil hat sich zwischen 1995 und 2011 von fünf auf zehn Prozent verdoppelt. Das liegt vor allem daran, dass das Land in den letzten Jahren mit Niedrigsteuersätzen Kapital ins Land gelockt hat – und sich deswegen zu Recht dem Vorwurf des Steuerdumpings ausgesetzt sieht. Hinzu kommt, dass das Steuerparadies im Mittelmeer sich offenbar auch bei russischen Oligarchen und Mafiosi des Rufs einer günstigen und diskreten Spardose erfreut.

All das macht europäische Hilfen für das Krisenland außerordentlich unappetitlich. Zu Recht wird diskutiert, ob der europäische Rettungsschirm der zyprischen Regierung und vor allem den Banken wirklich unter die Arme greifen muss - zumal die Gefahr, dass Bankenpleiten auf der Insel auf das europäische Bankensystem übergreifen könnten, gering ist. Zypern schuldet dem Rest der Welt gut fünfzig Milliarden Euro; das sind Peanuts gegenüber den Beträgen, über die im Falle der anderen europäischen Krisenländer gesprochen wird. Außerdem ist ein großer Teil der Forderungen in der Hand griechischer Banken, die ohnehin schon am Tropf der Rettungsschirme hängen. Die sogenannte systemische Relevanz als Voraussetzung für eine Unterstützung durch den Rettungsschirm ist ökonomisch sicherlich nicht gegeben. Auch die politischen Ansteckungseffekte dürften überschaubar sein: Es ist nicht davon auszugehen, dass die Finanzmärkte etwa eine weitere Unterstützung Spaniens in Frage stellen, nur weil Zypern keine Hilfe aus den Rettungsschirmen bekommt. Die Finanzmärkte wissen genau zu unterscheiden zwischen einem Zwerg wie Zypern und den wirtschaftlichen Schwergewichten in der Währungsunion.

Trotzdem spricht manches für eine finanzielle Unterstützung der Insel. Zum einen ist politisch zu wünschen, dass sich nicht Russland als Retter in der Not profilieren kann. Vor allem aber lassen sich Hilfszahlungen mit Auflagen an die zyprische Regierung verbinden, die Transparenz im Bankensystem zu erhöhen und angemessene Steuern für Unternehmen einzuführen. Man sollte aber so ehrlich sein, nicht von "Rettungskrediten" zu sprechen – bereits jetzt ist angesichts der maroden Wirtschaft klar, dass Zypern einen Teil der Hilfszahlungen nicht wird zurückzahlen können. Dann lässt sich auch erreichen, dass bei der Sanierung des Bankensystems die Kapitalanleger auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichten – seien es russische Milliardäre oder griechische Banken. So bleiben die Belastungen für die europäischen Steuerzahler überschaubar.



DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

T +49 30 897 89 -0 F +49 30 897 89 -200 www.diw.de

Herausgeber

80. Jahrgang

Prof. Dr. Pio Baake

Prof. Dr. Christian Dreger

Dr. Ferdinand Fichtner

Marcel Fratzscher, Ph.D.

Prof. Dr. Martin Gornig

Prof. Dr. Peter Haan

Prof. Dr. Claudia Kemfert

Karsten Neuhoff, Ph.D.

Prof. Dr. Jürgen Schupp

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler

Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic

Sebastian Kollmann

Dr. Richard Ochmann

Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden

Dr. Stefan Bach

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic Tel. +49-30-89789-249

presse @ diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice

Postfach 7477649

Offenburg

leserservice@diw.de

Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent/min.

ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

 ${\sf USE}\;{\sf gGmbH},\,{\sf Berlin}$

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.